

„Gegenwartsbezogenheit und Parteinahme für den Sozialismus“ Die historischen Regional- und Heimatmuseen in der SBZ/DDR



VON
JAN SCHEUNEMANN

Im Juni 1960 kam Heinz Arno Knorr als Direktor der Fachstelle für Heimatmuseen beim Ministerium für Kultur in einer Analyse zur Museumsarbeit im Bezirk Schwerin zu dem Schluss, dass die Ausstellungen weit davon entfernt waren dem Besucher ein „heimatliches Geschichtsbild im dialektischen Zusammenhang“ zu vermitteln. Tatsächlich handelte es sich dabei keineswegs um einen Einzelfall. Vielerorts betraten Besucher von Museen nicht selten „Raritätenkabinette“ und sahen sich verwirrt einer willkürlichen Ansammlung von „Trachten, alten Handwerkszeugen, Münzen und wurmstichigen Schränken“ gegenüber. Noch 1980 mussten die Leser der kulturpolitischen Wochenzeitung „Sonntag“ erfahren, dass sich an diesem Zustand nichts Wesentliches geändert hatte. Nur ein geringer Teil der Museen – so hieß es vorwurfsvoll – sei in der Lage „sozialistisches Heimatgefühl“ und „sozialistisches Geschichtsbewusstsein“ zu vermitteln. Stattdessen bot man „Nippes aus der Gründerzeit“, versank in Dilettantismus und verbreitete „gute alte und heile Heimattümelei“.

Die Ursache für diese Kontinuitäten ist in der Geschichte der Museen selbst zu suchen. Sie ist an ihrem Ausgangspunkt eng mit dem Aufblühen bildungsbürgerlicher Geschichts- und Altertumsvereine im 19. Jahrhundert verbunden. Als Ausdruck eines regionalen und lokalen Geschichtsinteresses entstanden, sammelten und pflegten diese Vereine kulturelle Zeugnisse unterschiedlichster Art. Die so entstandenen Sammlungen führten vielfach zur Gründung von Heimatmuseen. Eine wahre Hochkonjunktur erlebten diese Einrichtungen mit der patriotisch unteretzten deutschen Heimatbewegung der 1920er Jahre, um im „Dritten Reich“ in den Dienst der Volkstums- und Blut- und Bodenpropaganda gestellt zu werden.

Ein Neubeginn nach der nationalsozialistischen Herrschaft gestaltete sich aufgrund der scheinbar kaum vorhanden historischen Anknüpfungspunkte als problematisch. Doch entfalteten sich auf den Rudimenten des Museumswesens bald neue Initiativen, die anfangs wesentlich durch eine reaktivierte Vereinstätigkeit bestimmt waren. Obgleich die Museen nach 1945 formal den kommunalen Verwaltungen unterstanden, überlebten diese Vereinsstrukturen trotz Verbotes und erzwungener Eingliederung in den Kulturbund teilweise bis in die 1950er Jahre. Die Museumsarbeit der unmittelbaren Nachkriegszeit war so zum einen durch eine pragmatische Anpassung an die Besatzungsverhältnisse und zum anderen durch den inhaltlichen Rückgriff auf tradierte regionalgeschichtliche Traditionen und Sinnstiftung geprägt. Die wiedereröffneten Museen blieben zunächst inhaltlich konser-

vierend und zeigten Geschichtsausstellungen in den Gestaltungskonzeptionen der 1920er und mitunter auch der 1930er Jahre mit einer starken lokalpatriotischen Attitüde. Zeitlich reichten die Ausstellungen maximal bis 1900; meistens endete die Betrachtung um 1850.

Auf diesem Feld historisch-kultureller Betätigung hatten somit Erscheinungen überlebt, die sich einer auf „Gegenwartsbezogenheit“ ausgerichteten staatlich-zentralistischen Geschichtspolitik entzogen. Trotz der frühzeitig intendierten Durchsetzung eines Bildungsanspruchs marxistisch-leninistischer Prägung blieb dieser Zustand für das erste Jahrzehnt der DDR charakteristisch. Zwar war es schon zum hundertjährigen Jubiläum der Märzrevolution in zonenweiten Ausstellungen gelungen historische Begebenheiten mit dem politischen Zeitgeschehen zu verknüpfen, doch zeitigte das Ereignis 1848/1948 in den Museen keine Nachhaltigkeit. Nach den groß angelegten geschichtspropagandistischen Kampagnen verfiel man sogleich wieder in die Pflege heimatgeschichtlicher Darstellungen, die sich fernab einer zunehmend national akzentuierten akademischen Historiographie bewegten.

Für die Fragestellung des Forschungsprojektes bieten diese Verschiebungen und die mithin versuchte enge Anbindung der historischen Museen an die universitäre Geschichtsschreibung mehrere Ansatzpunkte. Denn vergleichbar der Geschichtswissenschaft, die als integraler Bestandteil des dialektischen Materialismus in der SBZ und noch mehr in der DDR mit hoher Aufmerksamkeit rechnen konnte, galt es auch die historischen Museen als Vermittlungsstätten des historischen Wissens zu vergesellschaften. Sie waren inhaltlich und methodisch in den Prozess von Erzeugung und Verbreitung sozialrelevanten Wissens zu integrieren und im Sinne der SED umzuformen. Während die wissenschaftliche Forschung und Lehre jedoch schon frühzeitig einer Gleichschaltung unterworfen war, verzögerte sich der Umformungs- und Vereinahmungsprozess der Museen aufgrund der personellen Situation und angesichts eines heterogenen Netzes von 650 Einrichtungen (1963) erheblich. Hinzu traten zahlreiche Wechsel und Überschneidungen in der fachlichen Zuständigkeit, der nur langsam anlaufende Aufbau entsprechender Fachabteilungen auf Bezirksebene nach der Gebietsreform 1952 und nicht zuletzt die Gleichgültigkeit vieler örtlicher Partei- und Verwaltungsorgane gegenüber kultur- und geschichtspolitischen Aufgaben.

Waren die in den Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Kultur fallenden historischen Regional- und Heimatmuseen bisher kaum Gegenstand der historischen Aufarbeitung, kann inzwischen auf eine kaum noch überschaubare Fülle an Untersuchungen zur universitären und parteiinstitutionellen Geschichtsschreibung zurückgegriffen werden. Die Forschung auf diesem Gebiet ist in den letzten Jahren durch Begriffe wie „Meistererzählung“ und „Leittext“ geprägt worden. Unberücksichtigt blieb jedoch bislang die Frage nach der öffentlichkeitsbezogenen Durchsetzung, Wahrnehmung und tatsächlichen Rückwirkung dieser Narrative auf die Geschichtskultur im sozialistischen Alltag. Genau an diesem Punkt setzt die im Entstehen begriffene Dissertation an. Sie untersucht aus institutionengeschichtlicher Perspektive die beabsichtigte Umgestaltung einer genuin bür-

gerlichen und traditionsbeladenen Einrichtung zu einer „sozialistischen Volksbildungsstätte“. Ferner fragt sie, wie museal präsentierte Geschichte zur Legitimierung staatlicher Politik funktionalisiert werden sollte. Es wird demnach zu prüfen sein, inwiefern die für den akademischen Bereich maßgebenden Impulse auf die Museen zurückwirkten.

Überwog anfangs im Pathos demokratisch patriotischer Erziehung und der proklamierten Unteilbarkeit der deutschen Kulturnation die Forderung nach der Verflechtung von Heimat- und Nationalgeschichte, schrieb der Geschichtsbeschluss des Politbüros vom Juli 1955 auch für die Museen eine Beschäftigung mit Gegenwartsfragen fest. Besonders die „Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung“ erwies sich dabei als zeitgemäßer Forschungsgegenstand. Und das in zweifacher Hinsicht: Einerseits bot sie in ihrer Ausprägung als kommunistische Parteigeschichte die Grundlegung bzw. Rechtfertigung politischer Handlungsweisen und trug zugleich zur Begründung eines neuen Geschichtsbildes bei. Wie die Überprüfungsprotokolle der Geschichtskommissionen bei den SED-Kreisleitungen zu den Ausstellungen zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution und der Gründung der KPD belegen, diente sie andererseits als internes Disziplinierungsinstrument zur Beseitigung „kleinbürgerlicher und konservativer Auffassungen“ unter den Museumsleitern. In entsprechender Weise bieten desgleichen auch die Einführung des Heimatkundeunterrichtes, die Formung eines neuen Heimatbegriffs, die Debatte um die „sozialistische Regionalgeschichte“ und die in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft angestoßene Diskussion um das „Geschichtsbewusstsein“ weitere Bezugspunkte. Diese geschichtspolitischen Tendenzen wurden vom Ministerium für Kultur aufgegriffen und in die verstärkt geforderte Profilierung eines einheitlichen sozialistischen Museumswesens eingebunden. Hierbei handelte es sich um die konkrete, zumeist auf regionale Industriezweige und „proletarische Traditionen“ konzentrierte Festlegung von Sammlungs- und Ausstellungsschwerpunkten, die letztlich auf eine stringenter zentrale Planung, Leitung und Kontrolle hinauslief.

Die Studie nähert sich dieser Problematik auf zwei Ebenen. In einem ersten Schritt sollen durch die Einbeziehung der übergeordneten parteilichen, administrativen und institutionellen Bedingungsfelder die staatlichen Vorgaben, Intensionen und Lenkungsmechanismen herausgearbeitet werden. Hierzu stützt sich die Arbeit auf die umfangreichen archivalischen Überlieferungen der Deutschen Verwaltung für Volksbildung, des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen, der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten, des Kulturbundes, des Ministeriums für Kultur und die ihm nachgeordnete Fachstelle für Heimatmuseen. Aber auch die zentralen Parteiinstanzen, wie die Abteilungen Kultur und Wissenschaft beim ZK der SED, und insbesondere das Institut für Marxismus-Leninismus gilt es in die Betrachtung einzubeziehen.

Die tatsächliche Durchsetzung sowie die Grenzen des geschichtspolitischen Steuerungsanspruchs der SED in den Museen werden sich hingegen nur in den konkreten Erscheinungsformen vor Ort erschließen lassen. Deshalb sollen den übergeordneten normativen Anforderungen aus dem Herrschaftsapparat in einem zweiten Schritt lokal- und regionalgeschichtlich ange-

legte Teiluntersuchungen gegenübergestellt werden. Das Augenmerk liegt hier auf dem Spannungsfeld zwischen den formulierten Ansprüchen und der aus den Quellen zu erschließenden praktischen „Geschichtsarbeit“ in den historischen Museen in Rostock, Potsdam, Wernigerode, Weimar und Leipzig. Als Materialgrundlage dienen hauptsächlich die Aktenbestände der einzelnen Museen, die sich zu überwiegenden Teilen in den entsprechenden Stadtarchiven befinden. Gleichwohl ist auch die Nutzung ausgewählter Dokumente auf Kreis- und Bezirksebene vorgesehen. Die Fallbeispiele sind in ihrer ursprünglichen Gründungsgeschichte unterschiedlich angelegt und weichen darüber hinaus in der Nachkriegsentwicklung voneinander ab. Auch die Museumspolitik in den einzelnen Ländern und Provinzen war von Anbeginn nicht zuletzt aufgrund des Gefälles in der Museumsdichte von Süd nach Nord einheitlich und blieb es offensichtlich auch in den Bezirken bis zum Ende der DDR. In dieser regionalen Ausdifferenzierung werden Unterschiede im Zusammenspiel der administrativen Träger der Museen mit den parteilichen Entscheidungsinstanzen und die konkrete Rückwirkung dessen auf die Arbeit im örtlichen Museum deutlich. In den Einzeluntersuchungen werden nicht nur Ausstellungsthemen und Inhalte analysiert. Einen weiteren Untersuchungsgegenstand stellen die Museumsleiter dar. Ihr Bildungsweg, ihre politische Sozialisation vor und nach 1945, und daran anknüpfend, das Problem der personellen Brüche und Kontinuitäten werden thematisiert.

Im Gegensatz nämlich zu einer frühzeitigen Neuformierung der Geschichtslehrerschaft in den Schulen, blieb in den Museen eine personelle Umwälzung aus. Vielmehr setzte eine im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und nicht zuletzt im „Dritten Reich“ beruflich und zum Teil auch politisch sozialisierte Generation von heimatbewegten Traditionalisten auch nach dem Kriegsende ihre berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeit fort. Noch 1964 wurde in einer für die Kulturabteilung des ZK der SED vorbereiteten Studie davon gesprochen, dass mehr als 80 Prozent der vorhandenen Kader über 65 Jahre und damit „überaltert“ waren. Diese „verknöcherten Museumsleiter“ verschlossen sich nicht nur durch ihre „bürgerliche Geschichtsauffassung“ neuen Darstellungsthemen, sondern sie waren teilweise fachlich überfordert oder verharren in einer eigensinnigen Verweigerungshaltung. Hinzu trat ein Umstand, der sich besonders bei der Hinwendung zu politisch besetzten Themen der Zeitgeschichte als äußerst hinderlich erweisen sollte: Eine nicht unbedeutende Zahl von Museumsleitern war zwischen 1933 und 1945 nicht nur in die NSDAP eingetreten, sondern hatte auch Funktionen im Parteiapparat wahrgenommen. In Thüringen blieben beispielsweise nach der Entnazifizierung lediglich 20 von 69 Museumsleitern im Amt. Die ab spätestens 1948 erfolgte Rückkehr vieler nomineller „Pg's“ in die Leitungsfunktionen der Museen sowie der Mangel an Qualifizierungsmöglichkeiten behinderte nicht nur die sukzessive Einführung neuer geschulter Kader, sondern verschleppte auch bis in die 1960er Jahre einen Generationswechsel. Hinzu trat der Umstand, dass vorhandene Stellen häufig mit Funktionären aus dem Parteiapparat besetzt wurden. Diese standen zwar loyal zur Politik der SED und fanden dadurch starken Rückhalt in den übergeordneten Dienststellen, fachlich waren sie aber nur selten qualifiziert.

Fragt man abschließend nach den Vermittlungsstrategien für Geschichtsbilder, so kam dem historischen Museum als einem Ort der „Geschichtspropaganda“ außerhalb von Universität und Schule besonders für die werktätige Bevölkerung eine eminente Bedeutung zu. Die „Durchschleusung“ von Gewerkschaftsgruppen und Kollektiven durch Ausstellungen gehörte ebenso wie für Schüler und Mitglieder der Organisationen zum Pflichtprogramm der „kulturellen Massenarbeit“ in der DDR. Aus dieser Praxis leiteten sich teilweise die hohen Besucherzahlen in den Museen ab. Im Jahr 1959 wurden insgesamt 11,5 Millionen Besucher gezählt, 1977 besuchte statistisch gesehen jeder DDR-Bürger zweimal im Jahr ein Museum. Freilich können diese Zahlen noch keine hinreichenden Aussagen über die musealen Aneignungsprozesse liefern, doch lassen sich zahlreiche Informationen aus internen Berichten, offiziellen Verlautbarungen und vor allem aus den Besucherbüchern erschließen, die Auskunft über den tatsächlichen Umgang mit Geschichte im zweiten deutschen Staat geben. Vorwiegend wäre beispielsweise das stete Desinteresse nicht nur der Museumsmitarbeiter, sondern auch des Publikums an „zeitnahen“ Ausstellungsthemen, wie der als Erfolgsnarrativ angelegten Geschichte der DDR. Wie man erst 1989 bereit war einzugestehen, stieß diese aufgrund ihrer Unattraktivität und inhaltlichen Verzerrung auf Ablehnung. Vielmehr dominierten in der Gunst der Museumsbesucher die traditionel-

len Touristenzentren wie Burgen und Schlösser. Auffallend ist gleichzeitig eine Sehnsucht nach Vergangenheit im Sinne einer „guten alten Zeit“, in der sich die Erwartungshaltungen der Besucher und das Festhalten an überkommenen Sehgewohnheiten mit den Vorstellungswelten zahlreicher Museumsleiter zu überschneiden schienen. Die Forderung nach einer „sozialistischen Umgestaltung“ der Museen wurde so letztlich auch durch die Besucher unterlaufen und damit der überhöhte volkspädagogische Anspruch an die historischen Museen ad absurdum geführt. Diesen hatte die Fachreferentin im Ministerium für Kultur bereits auf der ersten zentralen Tagung der Heimatmuseen 1954 paraphrasiert: „Wo kommen wir hin, wenn wir in der Form Rücksicht auf die Besucher nehmen, dass wir sagen: der Besucher soll sich im Museum erholen!“

JAN SCHEUNEMANN, 1973 in Sömmerda geboren, seit Januar 2004 Stipendiat der Stiftung, studierte von 1995 bis 2000 Museumswissenschaft in Leipzig. Während mehrjähriger Auslandsaufenthalte arbeitete er in Museen in England und Kanada. Ab 2001 Aufbaustudium in den Fächern Neueste Geschichte/Zeitgeschichte in Rostock und an der McGill University Montreal. Eine Untersuchung zur Fachstelle für Heimatmuseen beim Ministerium für Kultur der DDR bildete den Ausgangspunkt für sein Promotions-thema.